

## Rede des CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Peter Müller am Landesdelegiertentag der CDU Saar 2007 zum Thema Bergbau im Saarland

Wir haben auf der einen Seite die Bergbaubetroffenen, die Angst haben um ihr Eigentum und um ihre Gesundheit, eine Angst, die man verstehen muss, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Zahl und der Intensität der Erderschütterungen, wie wir sie gerade in den letzten Tagen und Wochen erleben mussten.

Und wir haben auf der anderen Seite die Interessen und Ängste der Menschen, die im Bergbau beschäftigt sind. Jeder Arbeitsplatz, auch im Bergbau, hat ein Gesicht. Dahinter steht ein Mensch, dahinter steht eine Familie und auch diese Ängste, auch diese Betroffenheiten müssen wir ernst nehmen und ihnen gerecht werden. Deshalb glaube ich, dass die politische Auseinandersetzung mit dieser Konfliktlage eine Auseinandersetzung ist, die auf der Grundlage der ehrlichen Wahrnehmung und Verantwortung unter Berücksichtigung der Interessen beider Seiten stattfinden muss.

Es gibt ja Leute, die haben uns scheinbar kluge Ratschläge gegeben. Ein solcher Ratschlag war: „Die Sache ist doch recht einfach. Im Bergbau sind vielleicht noch vier- bis fünftausend Leute beschäftigt. Die parteipolitische Orientierung derjenigen, die im Bergbau tätig sind, wird auf Barbaratreffen deutlich. Von den Erdbeben betroffen sind Zehntausende von Menschen. Warum, liebe CDU, stellt Ihr Euch nicht einseitig auf die Seite der Bergbaubetroffenen, denn dann habt Ihr politisch doch Vieles zu gewinnen.“ Ich will an dieser Stelle in aller Deutlichkeit sagen: Das ist für mich nicht Wahrnehmung der politischen Verantwortung. Egal, wer wen wählt oder nicht wählt, die CDU Saar zeichnet sich dadurch aus, dass wir Verantwortung tragen für alle Menschen in diesem Land, egal, wo ihr parteipolitischer Standpunkt ist.

Das heißt, wir müssen Verantwortung empfinden in einem geradezu unlösbaren Konflikt. Die Frage ist, was kann eine politische Linie sein? Ich sage an dieser Stelle: Auch da ist unsere CDU Saar seit Jahren, seit vielen Jahren, auf einer klaren und konsequenten Position: Weil weder die Interessen der einen Seite, noch die Interessen der anderen Seite 100 Prozent erfüllt und damit die Interessen der jeweils anderen völlig ignoriert werden können, haben wir uns immer eingesetzt für ein Modell des sozialverträglichen Auslaufbergbaus. Wir haben gesagt: Der Bergbau im Saarland soll zu einem Ende geführt werden, aber in einer Art und Weise, die für die dort Beschäftigten erträglich ist. Erträglich heißt für uns: Ohne betriebsbedingte Kündigungen, indem wir entweder die klassischen Instrumente der Anpassung und der Überführung in den Ruhestand weiterbedienen, oder uns darum kümmern, dass diese Menschen Arbeit an anderer Stelle erhalten. In diesem Land waren einmal ein Vielfaches an Menschen im Vergleich zu heute im Bergbau beschäftigt. Wir haben die Personalanpassung durchgeführt, wir haben sie geschafft, ohne betriebsbedingte Kündigungen und sind damit unserer Verantwortung gegenüber den Bergleuten gerecht geworden. Diesen Weg wollen wir auch weiterhin gehen.

Liebe Parteifreunde, wenn dann seitens des Vertreters der Bergbaubetroffenen gesagt worden ist, in diesem Prozess könnte man schon weiter sein, dann stimmt das. Wir haben diese Position des sozialverträglichen Auslaufbergbaues vertreten, viele Jahre, ohne dass diejenigen, die notwendig sind, damit dieser Weg konsequent gegangen werden kann, bereit waren diesen Weg mit uns zu gehen. Wie und in

welchem Umfang der Bergbau subventioniert wird, ist eine bundespolitische Frage. Und wir haben in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, Anfang dieses Jahrzehnts, immer wieder Konzepte des sozialverträglichen Auslaufbergbaus bei den Entscheidungsträgern in dem anderen Revierland NRW und im Bund eingefordert. Aber zu rot-grünen Zeiten gab es keine Bereitschaft, mit uns darüber zu reden. Alle Vorstöße, zu verträglichen Entscheidungen zu gelangen, sind zu rot-grünen Zeiten abgeblockt worden.

Und liebe Freunde, wenn es dann heute grüne Entscheidungsträger in diesem Land gibt, die die Stimmung anheizen, die für Emotionalisierung in dieser Debatte sorgen, die die Position des sofortigen Abbaustopp proklamieren und das diejenigen sind, die über viele Jahre, wenn es darum ging, im Bundeshaushalt zu entscheiden, den Steinkohlesubventionen zugestimmt haben, ohne ein Wort zu sagen, dann sage ich: Das ist Heuchelei. Das ist der Versuch, Leuten nach dem Munde zu reden in der Hoffnung, ein paar Stimmen zu gewinnen. Dort, wo man Verantwortung hätte tragen können, haben die gleichen grünen Entscheidungsträger gekuscht. So löst man die Probleme nicht.

Erst nachdem die Union auf Bundesebene Regierungsverantwortung übernommen hat und auch in NRW die parteipolitischen Vorzeichen sich verändert haben, gab es die Bereitschaft, über einen sozialverträglichen Auslaufbergbau zu reden. Und nach schwierigen Verhandlungen, die vielen Vieles abverlangt haben, ist es dann gelungen, einen Weg des sozialverträglichen Auslaufbergbaus aufzuzeigen. In diesen Verhandlungen haben wir damit unsere Konzeption umgesetzt. Und das will ich dann schon auch an die Adresse der Bergbaubetroffenen sagen: Bei allem Verständnis für den Protest, der artikuliert wird - dass heute überhaupt über die Frage geredet wird: „Wie wird denn jetzt der Auslauf strukturiert?“ - ist ein Erfolg der saarländischen CDU. Das müssen die Bergbaubetroffenen wissen.

Wir haben jetzt insbesondere zwei Probleme. Das eine ist die Frage: Wie gehen wir mit dem aktuellen Erschütterungsgeschehen um? Und das zweite ist die Frage: Wie ist denn die Gestaltung des Auslaufprozesses? Ich glaube, dass beide Probleme miteinander zusammenhängen. Je klarer, je eindeutiger, je präziser und je verbindlicher wir den Weg des Auslaufes des Steinkohlenbergbaus im Saarland definieren, umso eher wird es uns möglich sein, den betroffenen Menschen zu sagen: Im Interesse der Bergleute, im Interesse ihrer sozialen Sicherheit, muten wir euch zu, dass übertägige Auswirkungen des Steinkohlebergbaus über eine gewisse Zeit noch erduldet, noch erlitten werden müssen. Es ist keine leichte Entscheidung, aber es gibt keine Alternative. Und deshalb aus meiner Sicht, zwei Bemerkungen, eine zu der Frage, wie gehen wir mit der aktuellen Situation um und eine zu der Frage, wie gehen wir mit der Perspektive um. Der Abbau in der Primsmulde Süd wurde genehmigt, auf der Grundlage der Vorstellung, dass er mit deutlich weniger Erschütterungsereignissen verbunden sein wird, als vorheriger Abbau etwa im Flöz Krangleisen. Nachdem sich dann gezeigt hat, dass diese Prognose falsch war und die Zahl und die Intensität der Beben zunimmt, war vollkommen klar, dass Handlungsbedarf besteht. Wir haben als saarländische Landesregierung das Unternehmen gebeten und aufgefordert, uns Maßnahmen zu nennen, mit denen das Ziel einer Minderung der Erderschütterungen erreicht werden kann. Ich denke, das ist auch eine Frage der Fairness, dass man zuerst den Bergbaubetriebenden auffordert etwas zu tun. Dann erhielten wir die Antwort der DSK, man könne nichts tun. Es war eine vergleichsweise achselzuckende Antwort, die wir erhalten haben.

Und deshalb will ich von dieser Stelle auch sagen: Ich verstehe, dass die Verantwortung der Politik eingefordert wird. Aber Verantwortung für verträgliche Prozesse, auch im Interesse der Bergleute, hat auch die DSK. Auch die DSK hat einen Beitrag zur Deeskalation zu leisten.

Nachdem wir von Seiten der DSK die Botschaft erhalten haben, dass man keine Möglichkeiten sieht, bzw. dass alles was man für möglich erachtet hat, schon erfolglos eingesetzt worden ist, haben wir dann am vorgestrigen Tage entschieden, dass wir die Genehmigung mit einer Auflage versehen, die das Ziel hat, die Erderschütterungen zu vermindern. Diese Auflage heißt: Der Abbau der bisher im Doppelstreb durchgeführt wird, soll künftig nur noch einstrebig durchgeführt werden. Bevor solch eine Auflage erlassen werden kann, bedarf es einer Anhörung. Die findet zur Zeit statt. Frist ist bis Montag. Die Entscheidung ob die Auflage endgültig erlassen wird oder nicht, ist eine Entscheidung der Bergaufsicht. Ich will trotzdem von dieser Stelle aus klar sagen: Auch wenn niemand mit absoluter Sicherheit sagen kann, ob bei einem Einstrebausbau wirklich die erhoffte Reduzierung der Intensität und der Zahl der Erderschütterungen erreicht wird, sind wir fest entschlossen diese Auflage zu erlassen, wenn nicht Maßnahmen angeboten werden, die mindestens die gleiche Qualität haben. Ich hätte mir gewünscht, dass die DSK ihrerseits über solche Lösungen nachdenkt, ihrerseits solche Wege geht. Wenn das nicht geschieht, muss Politik Verantwortung übernehmen. Sie wird Verantwortung übernehmen, das sind wir den Bergbaubetroffenen schuldig.

Und ich mache eine zweite Bemerkung zur Frage der langfristigen Perspektive. Wir haben zwei Maximalpositionen. Die eine Position heißt: Abbaustopp sofort! Die andere heißt: Fortführung des Abbaus, in jedem Fall über das Jahr 2012 hinaus, weil im Jahr 2012 die Zukunft der Steinkohle in Deutschland noch einmal neu entschieden wird. Und mit Blick auf sozialverträgliche Lösungen im Saarland mindestens bis zum Jahr 2015. Wenn wir einen verträglichen Prozess wollen, wenn wir einen Prozess wollen, der beiden Seiten einerseits Rechnung trägt, andererseits aber keine der beiden Seiten überfordert, dann glaube ich, müssen wir über die Frage reden, wie unter diesen Ausgangspunkten vermittelnde Linien gefunden werden. Und an der Stelle gibt es dann ein paar Punkte, die ich deutlich benennen möchte: Zunächst begrüße ich es, dass am heutigen Morgen, und auch in Gesprächen, die wir gestern geführt haben, alle Seiten erklärt haben, sie sind dialogbereit. Ich glaube, dass dies der richtige Weg ist und dass wir diesen Weg gehen sollten. Ich habe diese Woche eine regionale Kohlekonferenz vorgeschlagen. Wir sollten an einem runden Tisch, der einberufen wird, nachdem wir mit den einzelnen Gruppierungen gesprochen haben, über die Sinnhaftigkeit einer solchen Veranstaltung reden. Ich verstehe im übrigen auch, dass in der jetzigen Situation die Interessen unter Inanspruchnahme der Möglichkeiten einer freiheitlichen Demokratie artikuliert werden. Herr Küppers, da brauchen Sie keine Angst zu haben. Die Entscheidungen dieser Landesregierung sind unabhängig davon, wie viele Personen vor dem Privathaus des Wirtschaftsministers, der Bergaufsicht oder des Ministerpräsidenten stehen und wie laut sie dort sind. Das spielt keine Rolle. Ich will das in aller Deutlichkeit sagen. Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Diese Demokratie hat Spielregeln und eine Spielregel ist die Einhaltung von Recht und Gesetz. Wir verlangen und erwarten, von allen Beteiligten, dass die Auseinandersetzung gewaltlos, dass die Auseinandersetzung unter Beachtung von Recht und Gesetz durchgeführt wird. Ich gehe davon aus, dass die Entscheidungsträger dies zusagen. Wir erwarten von allen, dass die Rechtsordnung

ausnahmslos beachtet wird. Ich sage dies nicht ohne Grund. Wir haben in diesem Land schon einmal erlebt, dass rechtsfreie Räume geduldet worden sind. Das wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

Daher sollten wir auf dieser Grundlage den Dialog führen. Die Position der Landesregierung, die Position der saarländischen CDU ist klar. Wir wollen ein schnellstmögliches sozialverträgliches Auslaufen des Steinkohlenbergbaues. Das steht auch nicht im Widerspruch zur Rahmenvereinbarung, so wie sie in Berlin getroffen wurde. Und lieber Herr Küppers, da sollten wir gemeinsam der Legendenbildung vorbeugen. Es stimmt, dass diese Rahmenvereinbarung eine Revisionsklausel für das Jahr 2012 beinhaltet. Sie beinhaltet die Aussage im Jahr 2012 gemeinsam zu entscheiden, in welchem Umfang Steinkohlenbergbau noch stattfindet bzw. ob er denn jetzt so wie es das Steinkohlefinanzierungsgesetz vorsieht, beendet wird. Dies schließt nicht aus, dass mit Blick auf die spezifische Situation am einzelnen Standort eine Entscheidung über die Frage getroffen wird, wann und wie wird die Steinkohlenproduktion an diesem Standpunkt beendet. Ein Sockelbergbau in Deutschland ist auch noch möglich, wenn in Ensdorf keine Kohle mehr gefördert wird. Deshalb glaube ich, dass wir gemeinsam darüber reden sollten, wie wir es schaffen den Weg zur Beendigung des aktiven Steinkohlenbergbaus schnellstmöglich zu erreichen. Wie sorgen wir dafür, dass die Möglichkeiten der Vermittlungen in den Arbeitsmarkt intensiver wahrgenommen werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Obwohl dies im Saarland auch ein Stück weit im Unterschied zu NRW in der Vergangenheit durchaus erfolgreich gelaufen ist und vieles vorbildlich erledigt worden ist, glaube ich, dass es Potentiale gibt, die noch nicht ausgeschöpft sind. Wie sorgen wir dafür, dass ohne betriebsbedingte Kündigungen die Zukunft der Bergleute in diesem Land in einem verträglichen Rahmen gesichert wird und wie sorgen wir gleichzeitig dafür, dass die Bedrohungen des Eigentums der Bergbaubetroffenen, dass die Erderschütterungen aufhören, damit dieses nicht weiter hingenommen werden muss. Schnellstmöglicher Auslaufbergbau. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen, das ist die vermittelnde Linie in diesem schwierigen Konflikt, den wir gemeinsam zu tragen haben.

Die CDU ist in dieser Debatte immer den Weg der Verantwortung gegangen. Das hat dazu geführt, dass die eine Seite nicht zufrieden war und die andere auch nicht. Aber es war die Wahrnehmung der Verantwortung für alle Menschen in diesem Land. Die Wahrnehmung der Verantwortung für die Bergbaubetroffenen, die Wahrnehmung der Verantwortung für die im Bergbau Beschäftigten. Und neben der Verantwortung für diejenigen, die heute im Bergbau beschäftigt sind, haben wir natürlich auch eine Verantwortung für die Kinder in unserem Land, insbesondere auch für die Kinder der Bergleute. Auch die sollen Arbeit und Zukunft in diesem Land haben. Das wird nicht mehr im Bergbau der Fall sein, deshalb gilt es den Strukturwandel weiterzugestalten. Wir sind auf einem guten Weg und wenn wir ihn entschlossen weitergehen, können wir auch zu verträglichen Ergebnissen gelangen. Das ist unsere Linie und die werden wir weiterhin vertreten.